

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 85 (2000)
Heft: 4

Rubrik: Freidenker-Umschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kanada trafen sich, legten Blumen nieder und machten dank eines Transparentes, das die Wiener Freidenker mitgebracht hatten, auf sich aufmerksam. Es ergaben sich interessante Diskussionen und Gespräche – ganz international – auch der Generalsekretär der IHEU, Babu Gogineni, war mit Ehefrau aus London angereist. Eine Reporterin nahm für eine kanadische Radiostation Interviews auf.

Eindrücklich war vor allem der historische Umzug am Samstag. Angeführt von Kutten tragenden Häschern der Inquisition folgt der zur öffentlichen Verbrennung verurteilte Ketzer in Ketten, dann die klerikalen Richter in violetten Gewändern, der Papst, getragen in einer Sänfte, und weiteres Fussvolk. Alles kommentiert über Lautsprecher für Tausende, die auf dem Platz versammelt waren. Die 9 Strassen, die auf den Platz führen, waren total verstopft von weiteren Teilnehmern an dieser machtvollen Demonstration gegen kirchlichen Totalitarismus. Alles verlief in Würde; das grosse Polizeiaufgebot hatte nicht einzugreifen.

In der römischen Presse und im Fernsehen wurde über den Anlass berichtet. Selbst das Schweizer Fernsehen brachte einen Kurzbericht.

Der Internationale Rat der Weltunion der Freidenker traf sich in Rom zu einer Sitzung, die vor allem dem nächsten Kongress 2002 in Prag gewidmet war. Der tschechische Delegierte, Dr. Josef Haubelt, schilderte die Situation in Prag und stellte für die nächsten Monate konkrete Vorschläge in Aussicht. Jean Kaech

PS. Das mea culpa des Papst ist inzwischen publiziert worden: Mehr als dürftig, die Kirche bleibt heilig, nur einige Söhne und Töchter sind schuldig für den millionenfachen Mord! ... und Giordano Bruno ist immer noch nicht rehabilitiert!

Berlin

Das Bundesverwaltungsgericht hat es der Islamischen Föderation erlaubt, an Berliner Schulen Religionsunterricht zu erteilen. Es bestätigte damit das Urteil des Berliner Oberverwaltungsgerichts vom 4. November 1998 und gibt **grünes Licht für bekennenden Islamunterricht an den öffentlichen Schulen**: Ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik – und ein Urteil mit Signalwirkung.

Über zwanzig Jahre lang verfolgten die Islamisten beharrlich ihre Strategie mit taktischem Geschick und einer guten Öffentlichkeitsarbeit. Kritiker befürchten nun allerdings, die Zulassung der Islamischen Föderation werde dazu führen, dass nun auch zahlreiche andere islamische Gruppierungen dieses Recht für sich beanspruchen.

Das Urteil zum Islam-Unterricht an öffentlichen Schulen Berlins hat die Diskussion über den Status des Religionsunterrichts in der Hauptstadt wieder angefacht. Wie in Bremen und Brandenburg ist in der Hauptstadt Religionsunterricht kein ordentliches Schulfach. Bekennender Unterricht wird hier als Zusatzangebot unter der Federführung der zuständigen Religionsgemeinschaften erteilt.

Die CDU forderte umgehend eine schnelle Einführung von Religion als Wahlpflichtfach. Der Humanistische Verband (HVD) betonte demgegenüber, dass es keines Wahlpflichtfaches bedürfe, um mit der Islamischen Föderation umzugehen. Die Schulverwaltung habe genügend Mittel in der Hand, um gegen allfälliges undemokratisches Verhalten in der Schule vorzugehen. Die Politik sei jetzt gefordert, die konkreten Vorwürfe gegen die Islamische Föderation zu benennen.

Eine Umfrage der deutschen Ta-

geszeitung taz ergab: Das Interesse türkischer und arabischer Eltern am islamischen Religionsunterricht ist bisher offenbar nicht besonders hoch. An fünf befragten Grundschulen in Kreuzberg und Neukölln sind eine Woche nach dem Urteil noch keine Anfragen von Eltern eingegangen.

Die Islamische Föderation ihrerseits geht davon aus, dass ihre Organisation nach den Sommerferien in fünf bis sechs Grundschulen Unterricht anbieten wird. Es ist aber durchaus möglich, dass sich das Interesse auch in den nächsten Monaten nicht sehr steigern wird. Viele Eltern muslimischen Glaubens schicken ihre Kinder heute in den Lebenskundeunterricht, der vom Humanistischen Verband erteilt wird. Die dort angebotenen Themen – Wertevermittlung, Familie und Freundschaft – sprechen viele türkische Eltern an.

Grund für das Desinteresse könnte auch der muttersprachliche Ergänzungsunterricht sein, der an 102 Schulen in Verantwortung des türkischen Konsulats angeboten wird. Dort sind islamkundliche Elemente ebenfalls enthalten.

Quelle: taz 24.2., 25.2., 2.3.2000

Fürstentum Lichtenstein

Die Trennung von Kirche und Staat – mit dem Ziel, den Konflikt mit dem umstrittenen Erzbischof Wolfgang Haas zu lösen – ist im jüngsten Verfassungsentwurf des Fürstenhauses, den jede Haushaltung in den letzten Wochen erhalten hat, kein Thema mehr. Laut Fürst Hans-Adam II. hat sein erster Verfassungsentwurf das konfliktträchtige Thema noch enthalten, doch sei das Fürstenhaus zur Auffassung gelangt, dass aus staatspolitischer Sicht dringendere Fragen gelöst werden müssten.

Quelle: NZZ